S 6 R 1303/05

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	5
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 6 R 1303/05
Datum	-

2. Instanz

Aktenzeichen	L 5 AR 144/05 R
Datum	28.11.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Ablehnung des Vorsitzenden der 6. Kammer des Sozialgerichts M^¼nchen, Richter am Sozialgericht J. , wegen Besorgnis der Befangenheit ist unbegr^¼ndet.

Gr^¼nde:

I.

Durch Bescheid vom 10.12.2004/Widerspruchsbescheid vom 22.03.2005 teilte die Beklagte dem Kl^¼xger und Antragsteller mit, dass sie eine Beitragsforderung in H^¼he von 2.093,04 EUR aus dem Bescheid vom 19.03.2001 in der Fassung des Widerspruchsbescheides vom 28.05.2004 betreffend die Zeit vom 01.07.1999 bis 31.01.2001 gegen die dem Kl^¼xger zustehende Rentennachzahlung bzw. monatliche Rente aufrechne. Die laufende Rentenzahlung werde mit Ablauf des Monats Januar 2005 eingestellt; ab Februar 2005 w^¼rden monatlich 339,44 EUR ^¼berwiesen.

Dagegen hat der Kl^¼xger am 19.04.2005 vor der 6. Kammer des Sozialgerichts M^¼nchen ^â SG ^â (Vorsitzender: Richter am Sozialgericht ^â RiSG ^â J.) Klage erhoben (S 6 R 1303/05) und beantragt, die Bescheide vom

10.12.2004/22.03.2005 aufzuheben, hilfsweise, die Beklagte zu verpflichten, die geltend gemachte Beitragsforderung zu erlassen (Schriftsatz vom 30.06.2005).

Am 30.04.2005 hat der Kläger beim SG beantragt, im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes die Rentenarfung bis zum Abschluss des Verfahrens auszusetzen (S 6 R 1406/05 ER) und dies mit Schriftsätzen vom 21.05./09.07.2005 begründet. Diesen Antrag hat der Kläger ungeachtet des Bescheides der Beklagten vom 30.09.2005 aufrechterhalten, wonach wegen Tilgung der mit Bescheid vom 19.03.2001 festgestellten Beitragsforderung ab November 2005 wieder die ungeminderte Rentenleistung in Höhe von 633,44 EUR zustehet (Schriftsatz vom 10.10.2005).

Mit Beschluss vom 11.10.2005 hat dem Kläger per Einschreiben zugestellt hat RiSG J. den Antrag auf Aussetzung der Vollziehung der Beitragsforderung zurackgewiesen, weil die Voraussetzungen des [ 86a Abs.3 S.2 SGG](#) bei summarischer Prüfung nicht vorliegen. Im Hinblick darauf hat der Kläger den Kammervorsitzenden im Hauptsacheverfahren wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt (Schriftsatz vom 24.10.2005). Zur Begründung hat er ausgeführt, dass die Argumentation des Richters gegen die Denkgesetze verstöße, über "eine falsche Rechtsanwendung weit hinaus gehe" und sich "geradezu ehrverletzend" gegen ihn hat dem Kläger hat richte.

Der Kammervorsitzende hat sich zu dem Ablehnungsgesuch am 02.11.2005 dienstlich geuert.

Der Kläger hat gegen den Beschluss vom 11.10.2005 Beschwerde zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt.

II.

Für die Entscheidung über Gesuche, mit welchen Richter der Sozialgerichtsbarkeit abgelehnt werden, ist das Landessozialgericht zuständig ([ 60 Abs.1 S.2 Sozialgerichtsgesetz](#) hat SGG -).

Das zulässige Ablehnungsgesuch erweist sich als unbegründet.

Nach [ 60 SGG](#) i.V.m. [ 42](#) Zivilprozessordnung (ZPO) kann ein Richter wegen Besorgnis der Befangenheit abgelehnt werden, wenn ein Grund vorliegt, welcher geeignet ist, Misstrauen gegen seine Unparteilichkeit zu rechtfertigen ([ 60 Abs.1 S.1 SGG, 42 Abs.2 ZPO](#)). Dies ist nur dann der Fall, wenn ein am Verfahren Beteiligter bei vernftiger Würdigung aller Umstände Anlass hat, an der Unvoreingenommenheit und objektiven Einstellung des Richters zu zweifeln (vgl. [BVerfGE 35, 171, 172; NJW 1999, 132, 133](#)). Das Misstrauen muss aus der Sicht eines ruhig und vernftig denkenden Prozessbeteiligten verständlich sein (vgl. Peters-Sautter-Wolff, Kommentar zur Sozialgerichtsbarkeit, 4. Auflage, S.186/14). Es kommt weder darauf an, ob die Befchtung eines Prozessbeteiligten, der Richter sei ihm gegenüber voreingenommen, begründet ist, noch auf die subjektive Meinung des abgelehnten Richters, ob er befangen sei oder nicht (vgl. BVerfG,

a.a.O.; ZÄ¶ller-Vollkommer, ZPO, 24. Auflage, Å§ 42 Rdnr.9). Der Gesetzgeber hat durch die MÄ¶glichkeit der Richterablehnung nÄ¶mlich nicht nur eine tatsÄ¶chlich parteiliche Rechtspflege verhindern, sondern darÄ¶ber hinaus auch schon den fÄ¶r einen Prozessbeteiligten nach den UmstÄ¶nden naheliegenden oder doch verstÄ¶ndlichen Argwohn vermeiden wollen, der Richter werde nicht unparteilich entscheiden.

Von diesen GrundsÄ¶tzen ausgehend hat der KlÄ¶ger keinen Anlass, die Unvoreingenommenheit und objektive Einstellung des RiSG J. in Zweifel zu ziehen.

Die Richterablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit ist kein geeignetes Mittel, sich gegen unrichtige bzw. fÄ¶r unrichtig gehaltene Rechtsauffassungen oder gegen vermeintlich fehlerhafte Verfahrenshandlungen eines Richters bzw. eines Gerichts zu wehren, es sei denn, die mÄ¶gliche Fehlerhaftigkeit beruhte auf einer unsachlichen Einstellung des Richters oder auf WillkÄ¶r (vgl. BAG, [MDR 1993, 383](#); BayObLG, [MDR 1988, 1063](#); OLG ZweibrÄ¶cken, [MDR 1982, 940](#); ZÄ¶ller-Vollkommer, a.a.O., Å§ 42 Rdnr.28; MÄ¶nchener Kommentar-Feiber, ZPO, 2. Auflage, Å§ 42 Rdnr.28, 30). Der geeignete Weg, sich gegen eine vermeintlich fehlerhafte Rechtsauffassung oder Verfahrenshandlung eines Richters zu wehren, ist vielmehr die Einlegung eines Rechtsmittels. Hiervon hat der KlÄ¶ger auch Gebrauch gemacht und gegen den Beschluss vom 11.10.2005 Beschwerde zum Bayer. Landessozialgericht eingelegt. Der zustÄ¶ndige 14. Senat des Bayer. Landessozialgerichts ist daher allein zustÄ¶ndig, die RechtmÄ¶ßigkeit des angefochtenen Beschlusses zu Ä¶berprÄ¶fen. Von einer auf WillkÄ¶r beruhenden Rechtsauffassung bzw. Verfahrenshandlung kann nur dann gesprochen werden, wenn sie bei verstÄ¶ndiger WÄ¶rdigung der das Grundgesetz beherrschenden Gedanken schlechterdings nicht mehr verstÄ¶ndlich erscheint und offensichtlich unhaltbar ist (vgl. BAG, a.a.O.; BayObLG, a.a.O.; OLG ZweibrÄ¶cken, a.a.O.). Objektive Anhaltspunkte fÄ¶r eine Verletzung tragender Maximen des Grundgesetzes, um die es fÄ¶r die Frage der Besorgnis der Befangenheit hier allein gehen kann, vermag der Senat dem vorliegenden Sachverhalt nicht zu entnehmen und werden von dem KlÄ¶ger auch keineswegs vorgebracht. Der Beschluss vom 11.10.2005 rechtfertigt die Besorgnis der Befangenheit des RiSG J. jedenfalls nicht.

Die Mitwirkung eines Richters an einem frÄ¶heren Verfahren, das zu einer der Partei ungÄ¶nstigen Entscheidung gefÄ¶hrt hat (sog. Vorbefassung), gibt fÄ¶r sich allein grundsÄ¶tzlich keinen Befangenheitsgrund. Es ist in der gerichtlichen Praxis nicht selten, dass Richter mit bestimmten Sachverhalten oder Rechtsfragen wiederholt befasst werden und dass sie Rechtsstreitigkeiten derselben Parteien mehrfach entscheiden mÄ¶ssen, weil das Prinzip des gesetzlichen Richters dies gebietet. Es handelt sich dabei um eine prozessordnungsgemÄ¶ße Mehrfachbefassung, die fÄ¶r sich allein die Richterablehnung nicht zu rechtfertigen vermag. Vielmehr muss grundsÄ¶tzlich davon ausgegangen werden, dass der Richter, der an die frÄ¶her geÄ¶ußerte Meinung in keiner Weise gebunden ist, die jeweiligen Argumente der Parteien und die Besonderheiten des Einzelfalles unter Einbeziehung neuer Erkenntnisse sorgfÄ¶ltig erwÄ¶gt und die neue Entscheidung nach grÄ¶ndlicher PrÄ¶fung unvoreingenommen trifft. Deshalb wird die Richterablehnung in den FÄ¶llen der Vorbefassung nur gerechtfertigt sein, wenn

zusätzliche konkrete Umstände vorliegen, aus denen sich ergibt, dass der Richter nicht bereit ist, seine früher geäußerte Meinung kritisch, auch selbstkritisch, zu überprüfen und gegebenenfalls zu ändern (vgl. BAG, a.a.O.; Bayer. Landessozialgericht, Beschluss vom 10.01.2005, L 5 AR 149/04 RA; Zöllner-Volkommer, a.a.O., Â§ 42 Rdnr.15; Münchener Kommentar-Feiber, a.a.O., Â§ 42, Rdnrn.14, 15, 16; Thomas-Putzo, ZPO, 24. Auflage, Â§ 42 Rdnr.13).

So liegen die Dinge hier aber nicht. Für einen ruhig und vernünftig denkenden Prozessbeteiligten kann nicht zweifelhaft sein, dass RiSG J. , der an die im Beschluss vom 11.10.2005 geäußerte Meinung nicht gebunden ist, im vorliegenden Hauptsacheverfahren die jeweiligen Argumente beider Parteien und die Besonderheiten des Einzelfalles unter Einbeziehung eventuell neuer Erkenntnisse sorgfältig erwägt und die Entscheidung nach gründlicher Prüfung unvoreingenommen trifft. Sachverhalte, bei denen sich der Kammervorsitzende durch auffälliges Verhalten dem Verdacht ausgesetzt haben könnte, er sei im Hinblick auf den Beschluss vom 11.10.2005 parteiisch festgelegt, sind entgegen den Ausführungen des Klägers im Schriftsatz vom 24.10.2005 nicht erkennbar.

Das Ablehnungsgesuch war daher nach allem als unbegründet zurückzuweisen.

Diese Entscheidung ist kostenfrei ([Â§ 183 SGG](#)) und endgültig ([Â§ 177 SGG](#)). Eine Beschwerde dagegen findet nicht statt.

Erstellt am: 28.12.2005

Zuletzt verändert am: 22.12.2024